

1. Wie werden Sie die Freiheit von Forschung und Lehre sowie die Universitäten als unverzichtbare Orte der Demokratiebildung und des kritischen Denkens verlässlich schützen und stärken?

Wir werden die Freiheit von Forschung und Lehre konsequent und verlässlich schützen und stärken. Wissenschaft muss frei bleiben – frei von politischer Einflussnahme, ideologischen Vorgaben und den zunehmend bedrohlichen Entwicklungen einer Cancel Culture, die unbequeme Meinungen aus dem akademischen Diskurs verdrängen will.

Universitäten sind unverzichtbare Orte des kritischen Denkens, der offenen Debatte und der Demokratiebildung. Deshalb setzen wir uns entschieden dafür ein, dass Hochschulen Räume der freien Rede bleiben, in denen unterschiedliche Positionen ohne Angst vor Diffamierung, Ausgrenzung oder politisch motivierter Einschränkung vertreten werden können.

Die Angriffe der radikalen Linken auf die Freiheit der Forschung nehmen wir sehr ernst. Wir werden jeder Form von ideologischer Bevormundung und Einschränkung wissenschaftlicher Arbeit entgegenwirken. Forschung und Lehre dürfen nicht zum Spielball politischer Aktivisten werden, sondern müssen dem Erkenntnisgewinn und der freien Diskussion verpflichtet bleiben.

Nur mit einer starken, unabhängigen Wissenschaft können Universitäten ihre zentrale Rolle als Orte geistiger Freiheit und demokratischer Bildung dauerhaft erfüllen.

2. Werden Sie die Autonomie der Wissenschaft durch ein neues, schlankes Hochschulgesetz ausbauen, das bürokratische Fesseln löst und den Hochschulen echte Gestaltungsfreiheit in ihrer inneren Organisation gibt?

Wir bekennen uns ausdrücklich zur Freiheit und Autonomie der Wissenschaft. Sie ist fundamental für jede offene Gesellschaft und bildet ein zentrales Fundament unserer Demokratie. Hochschulen müssen die Möglichkeit haben, sich eigenständig zu organisieren, ihre Schwerpunkte zu setzen und Forschung sowie Lehre ohne unnötige bürokratische Einschränkungen zu gestalten.

Im Falle einer Regierungsbeteiligung werden wir uns daher in Gesprächen mit den Verantwortlichen vor Ort dafür einsetzen, praktikable und optimale Lösungen zu finden, die den Hochschulen mehr Autonomie ermöglichen und die Wissenschaftslandschaft in Baden-Württemberg nachhaltig stärken.

3. Angesichts demographischer Veränderungen, wirtschaftlicher Umbrüche und tiefgreifender ökologischer wie digitaler Wandelprozesse: Wie wollen Sie das Hochschul- und Wissenschaftssystem in Baden-Württemberg über 2030 hinaus strategisch und finanziell so aufstellen, dass es ein zentraler Treiber von Innovation und Wandel im Land bleibt?

Planungssicherheit ist die Voraussetzung für gute Lehre, starke Forschung und wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns für eine steigende Grundfinanzierung und langfristige Verlässlichkeit ein. Weniger junge Jahrgänge, Weiterbildungsbedarf und Fachkräftemangel erfordern neue Antworten: flexible

Studienmodelle, berufsbegleitende Angebote, Anerkennung von Vorleistungen und eine gezielte Gewinnung qualifizierter Wissenschaftler und Studierender. Im Falle einer Regierungsverantwortung würden wir diese Punkte in Gesprächen mit Hochschulleitungen, Studierendenvertretungen, Wissenschaftsorganisationen und dem Landtag konkretisieren – mit dem Ziel, Finanzierung zu verstetigen, Bürokratie zu reduzieren und die Innovationsleistung des Systems messbar zu erhöhen.

4. Wie positionieren Sie sich in diesem Zusammenhang zur Idee einer zehnten Landesuniversität, und welche Alternativen sehen Sie, um Qualität, Profilbildung und Kooperationen in der bestehenden Hochschullandschaft zu stärken?

Wir setzen darauf, die bereits bestehenden Hochschulstandorte in Baden-Württemberg gezielt auszubauen und zu stärken. Eine verlässliche Finanzierung, moderne Infrastruktur sowie die Förderung klarer Forschungsschwerpunkte sind aus unserer Sicht entscheidend, um Qualität und Profilbildung langfristig zu sichern. Zugleich sehen wir großes Potenzial in einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen – etwa durch gemeinsame Studienangebote, Forschungsverbünde und besseren Wissenstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft. So kann die Innovationskraft des Landes weiter gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund stehen wir der Idee einer zehnten Landesuniversität derzeit eher zurückhaltend gegenüber und setzen stattdessen auf den Ausbau der bestehenden Strukturen.

5. Was planen Sie, damit Baden-Württemberg ein attraktiver Studienstandort für einheimische wie internationale Studienbewerberinnen und -bewerber bleibt – insbesondere mit Blick auf eine moderne Lerninfrastruktur (zeitgemäße Lehr- und Lernräume, leistungsfähige digitale Infrastruktur) sowie ausreichend bezahlbaren studentischen Wohnraum in den Hochschulstädten?

Wir legen großen Wert darauf, dass Baden-Württemberg auch künftig ein attraktiver Studienstandort für einheimische wie internationale Studierende bleibt. Dazu gehören moderne Lehr- und Lernräume, eine leistungsfähige digitale Infrastruktur sowie ausreichend bezahlbarer studentischer Wohnraum in den Hochschulstädten. Nur so können gute Studienbedingungen und ein wettbewerbsfähiger Wissenschaftsstandort dauerhaft gesichert werden. Gleichzeitig halten wir angemessene, das heißt kostendeckende Studiengebühren für internationale Studierende für sinnvoll. Zudem sollte sich ein möglicher weiterer Verbleib dieser Studenten nach dem Studium an den Erfordernissen des deutschen Arbeitsmarktes orientieren, damit Fachkräfte gezielt dort gewonnen werden, wo sie tatsächlich gebraucht werden. Wir halten es für entscheidend, dass Absolventinnen und Absolventen der baden-württembergischen Schulen über solide Grundkenntnisse in den Kernfächern, insbesondere in Mathematik und Deutsch, verfügen, um ein Studium erfolgreich bewältigen zu können.

6. Mit welchen Maßnahmen werden Sie sicherstellen, dass Absolventinnen und Absolventen der baden-württembergischen Schulen über ausreichende Grundkenntnisse in den Kernfächern, insbesondere in Mathematik und Deutsch, verfügen, um ihr Studium erfolgreich absolvieren zu können?

Aus unserer Sicht sollen die Universitäten mehr Möglichkeiten erhalten, ihre Studierenden selbst auszuwählen, etwa durch geeignete Zulassungsprüfungen oder Eignungstests. Zudem müssen ausreichende Deutschkenntnisse verbindlich nachgewiesen werden. Ohne entsprechende Sprachkompetenz darf insbesondere für Studierende aus dem Ausland keine Zulassung zum Studium erfolgen. Durch einen intensiveren Austausch zwischen Schulen und Hochschulen wollen wir außerdem die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Mathematikkenntnisse – besonders für bestimmte Studiengänge – rechtzeitig vermittelt und gesichert werden.

7. Welche konkreten Schritte planen Sie, um den Sanierungsstau an den Hochschulen in Höhe von über 10 Mrd. Euro abzubauen, Planungs- und Bauprozesse zu entbürokratisieren, und werden Sie die Mietkosten für Ersatzflächen in Höhe von 18,6 Mio. Euro im Landeshaushalt so verankern, dass sie nicht zulasten der für Studium, Lehre und Wissenschaft vorgesehenen Mittel gehen?

Wir sehen den Sanierungsstau an den Hochschulen mit großer Sorge. Moderne Gebäude sind eine zentrale Voraussetzung für gute Lehre, erfolgreiche Forschung und einen starken Wissenschaftsstandort. Deshalb braucht es klare Prioritäten und effizientere Planungs- und Bauprozesse. Entbürokratisierung ist dabei wichtig, doch muss gelten: Wo Steuergeld eingesetzt wird, hat der Steuerzahler ein Recht auf Transparenz und Kontrolle. Dies steht oft in einem Spannungsverhältnis zu maximaler Vereinfachung. Auch Mietkosten für Ersatzflächen sollten so im Haushalt verankert werden, dass sie nicht zulasten von Studium, Lehre und Wissenschaft gehen. Wir werden uns für praktikable Lösungen im Dialog mit den Verantwortlichen einsetzen.

8. Sind Sie bereit, den Universitäten optional die Bauherreneigenschaft zu übertragen, und werden Sie sicherstellen, dass die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Personalkapazitäten direkt in den Projektmitteln enthalten sind?

Wir setzen uns für praktikable Lösungen im Sinne aller Beteiligten ein. Grundsätzlich halten wir es für sinnvoll, den Universitäten bei kleineren Bauprojekten optional und unkompliziert die Bauherreneigenschaft zu übertragen, um Verfahren bürokratiearm und effizient gestalten zu können. Bei größeren Bauvorhaben sollte die Bauherreneigenschaft hingegen dort liegen, wo die erforderlichen Kompetenzen und Kapazitäten verlässlich vorhanden sind. Wichtig ist zudem, dass die für die Durchführung der Baumaßnahmen notwendigen Personalkapazitäten angemessen berücksichtigt und in den Projektmitteln abgebildet werden, damit Bauprojekte nicht zulasten von Studium, Lehre und Forschung verzögert werden.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Sarah Machinek

- *Sekretärin* -

E-Mail: sekretariat@afd.landtag-bw.de

Telefon: +49 711 2063-5029

Persönlich: +49 15174608003

Fax: +49 711 20.63-145029

www.AfD-Fraktion-BW.de

- **Postanschrift** -

AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

c/o Fraktionsgeschäftsführer

Konrad-Adenauer-Straße 3

70173 Stuttgart

- **Besucheradresse** -

Raum U32/509

Urbanstraße 32

70182 Stuttgart

